Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Paul & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 235. | Dresden, Dienstag den 9. Oktober 1917. | 28. Jahrg.

Die Agitation der Kriegstreiber.

Reden des Reichskanzlers im Hauptausschuß.

Ein Grundübel.

Der Konflikt, der wegen der annexionistischen Aufmunterung im Heer und in der Beamtenschaft ausgebrochen ist, scheint im Hauptausschuß notdürftig verkleistert worden zu sein. Der Reichskanzler hat die allerdings selbverständliche Erklärung abgegeben, daß er gegen derartige Ueberschreitungen, wie sie von den Vertretern der Mehrheitsparteien gerügt wurden, einschreiten werde. Aber wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, daß tatsächlich der bisher getriebene Unfug nun aufhören wird.

Die Auseinandersetzungen im Reichstag rühren an ein Grundübel unserer politischen Verhältnisse, das noch oft zu neuen Kämpfen in der Oeffentlichkeit Anlaß geben wird. Die Macht unserer Junker und ihrer Geistesverwandten beruht nicht nur auf ihrem Einfluß, den sie in den Parlamenten des größten deutschen Staates, im preußischen Dreiklassenhaus und im Herrenhaus haben, sondern vor allem darauf, daß sie außerhalb in Preußen fast alle leitenden Posten in der Verwaltung und die höchsten Stellen in der Armee in ihrer Hand haben. Das Volk gilt für diese Leute nichts; sie sind die Herren, denen die „Untertanen" zu gehorchen haben. Eine Gesinnung, die sich besonders bei den Berufs-Militärs befestigen muß, da diese trotz allen schönen Bestimmungen über das Beschwerderecht eine praktisch unbeschränkte Macht über ihre Untergebenen haben. Die Herren vom Militär fühlen sich auch den Zivilbehörden — einschließlich des Reichskanzlers — weit übergeordnet. Erfahrungen, die wir vor dem Kriege schon gemacht haben, zeigen uns, daß nicht nur der Durchschnittsgeneral, sondern auch der Durchschnittsleutnant auf den Reichskanzler und erst recht auf den Reichstag pfeifen. Für diese Herren gelten allenfalls die Befehle ihrer Vorgesetzten, alles übrige ist ihnen Wurst. Tatsächlich hört ja auch die Machtbefugnis auch unserer höchsten Zivilbehörden vollständig auf, wo das Heer anfängt, und bei der Zabern-Affäre haben wir gesehen, wie milde auch die ärgsten Uebergriffe der Herren vom Militär in den Bereich der Zivilbehörden und die darin Herausforderungen der Bevölkerung beurteilt werden. Die Gefahr militärischer Mißgriffe ist während des Krieges naturgemäß gestiegen, weil den militärischen Stellen weitgehende Befugnisse eingeräumt wurden. Wir haben davon allerlei erlebt. Gewiß, auf wirtschaftlichem Gebiet — man denke an die Tätigkeit des Generals Groener, ist von den militärischen Stellen sachliche und tüchtige Arbeit geleistet worden. Aber diesem Guten stehen die fortgesetzten Uebergriffe der oft lächerlich dreinschlagenden Zensur gegenüber, und ein nur schwer gut zu machendes Unheil hat die militärische Gewalt in Elsaß-Lothringen angerichtet, trotzdem der Reichstag immer wieder gegen die Wirtschaft, die dort getrieben wurde, Einspruch erhob. Auf die gleiche Linie gehört der grobe Unfug, der jetzt bei der „Aufklärungsarbeit" getrieben wird. Dem Durchschnittsoffizier, der mit tiefen politischen Kenntnissen nicht beladen ist, geht es einfach nicht in den Sinn, daß die Kriegsfrage eine Sache ist, über die die Herren vom Militär nicht zu entscheiden haben.

Die echt preußische Ueberlieferung, daß das Heer über dem Zivilstaat steht, steckt diesen Leuten zu fest im Blut. So gegen die Herren, die draußen unter den Soldaten Aufklärung verbreiten sollen, nicht danach, was der Reichstag beschlossen hat, den viele von ihnen nur als eine Quatschbude verachten dürften, und betreiben ihre Aufklärungsarbeit nach ihrer Weise. Und ebenso denkt und handelt so mancher Beamte, der die Stellung, die er gegenüber seinen Untergebenen einnimmt, mit denselben Augen ansieht, wie der Offizier seine Gewalt gegenüber den Soldaten.

Hier müßte mit eiserner Faust eingegriffen werden. Mit äußerster Energie müßte der Reichskanzler dem Standpunkt Geltung verschaffen, daß, soweit es sich nicht um rein militärische Fragen handelt, auch im Heere nach den vom Reichstag und der Reichsleitung aufgestellten Grundsätzen verfahren werden muß. Es müßte dafür gesorgt werden, daß eine bessere Kontrolle der militärischen Stellen möglich wäre, wozu eine Vermehrung der Rechte des einzelnen Mannes gegenüber den Vorgesetzten, besonders eine Erweiterung des Beschwerderechtes notwendig wäre. Bei Zuwiderhandlungen gegen die von der Reichsleitung erlassenen Bestimmungen müßte dann auch wirklich entschieden eingeschritten werden. Bis jetzt war ist es dabei mit sanften Ermahnungen nicht getan, sondern es müßte den Offizieren ebenso wie den Herren bei der Verwaltung, die ihre Stellung dazu mißbrauchen, um Politik zu treiben, recht schnell der Stuhl vor die Tür gesetzt werden. Wären erst einmal ein paar Exempel statuiert, so würden sich die in Betracht kommenden Herrschaften schon etwas mehr in acht nehmen. Freilich, Herr v. Michaelis ist nicht der Mann, der über den eisernen Besen verfügt, der notwendig wäre, um das tiefeingefressene Uebel zu vertilgen, und so wird es wohl nicht das letztemal gewesen sein, daß der Reichstag gegen den Unfug der militärischen und amtlichen Politik Sturm laufen muß. Sollen wir aber in Deutschland Zustände bekommen, die eines freien Volkes würdig sind, so muß den Leuten vom Militär und der Verwaltung recht gründlich hergebracht werden, daß sie nicht die Herren, sondern die Diener des Volkes sind, und ehe das mit genügendem Erfolg geschehen sein wird, wird wohl noch mancher Strauß ausgefochten werden müssen.

* * *

Ein unwürdiger Zustand.

Einem Artikel unseres Berliner Mitarbeiters entnehmen wir folgendes:

In den parlamentarisch regierten Staaten schalten und walten jetzt die Regierungen beinahe autokratisch. In Deutschland, dem Lande der starken Monarchie, ist die Regierung in der Gefahr, in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Parlament zu geraten, das mit dem Begriff der Würde, den man schließlich mit jeder Regierung verbindet, unvereinbar ist! Wie geht das zu? Das kommt von dem elenden Zustand, daß an der Spitze des Reiches keine politische Ueberzeugung, sondern nur ein bureaukratisches Pflichtbewußtsein steht. Darum macht Herr Michaelis nicht den Eindruck eines führenden Staatsmannes, sondern beinahe schon den eines Arrestanten, der verschiedene unglückliche Fluchtversuche unternimmt und schließlich ruhig mitgeht, weil etwas anderes doch nicht hilft.

Diesen Eindruck, den man von Herrn Michaelis gewinnt, hat man von anderen Staatsmännern gar nicht. Niemand wird z. B. finden, daß sich der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr von Kühlmann, in einem sklavischen Abhängigkeitsverhältnis vom Reichstag befindet. Man hatte bei seiner Rede im Hauptausschuß das Gefühl, daß hier nicht einer spricht, der anderen nach dem Munde redet, sondern ein Mann, der seiner eigenen Ueberzeugung folgt. Die innerliche Zusammenstimmung zwischen Regierung und Parlament, die auf gemeinsamer Ueberzeugung beruht, kann eben nicht durch eine mühsam zusammengeflickte äußere Uebereinstimmung, durch ein kunstvoll verkleisterndes Erklärungswerk ersetzt werden. Die Regierung eines deutschen Reichskanzlers darf nicht im Zeichen des Wortes stehen: „Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe."

Eine solche Regierung, die dem Zwang gegebener Machtverhältnisse, nicht der eigenen Ueberzeugung folgt, kann ja auch niemals das Vertrauen des Parlaments und des Volkes erwerben. Man wird vielmehr von ihr voraussetzen, daß sie nur nach einer Gelegenheit ausspähe, um sich von der Last ihres Joches zu befreien. Und so fassen ja auch die Alldeutsch-Konservativen die Regierung Michaelis auf. Immer wieder erklären sie in ihren Zeitungen und Reden, die Regierung befinde sich in einer Zwangslage, von der sie befreit werden müßte. Ein Reichskanzler aber, der Rührung und Mitleid erweckt, und der erst befreit werden muß, wenn er sozusagen wieder zu sich selber kommen soll, ist sicher nicht der geeignete Mann, das deutsche Staatsschiff durch die Stürme des vierten Kriegswinters hindurch zu steuern.

Wir wollen eine Regierung, die handelt und die bei ihren Handlungen nur ihrer eigenen Ueberzeugung folgt. Daraus ergibt sich aber mit zwingender Folgerichtigkeit, daß in Deutschland heute nur eine Regierung möglich ist, die mit ihrer Ueberzeugung zur Politik der Reichstagsmehrheit steht.

Eine solche Regierung wird dann auch die Autorität besitzen, die der Regierung Michaelis fehlt und die sie, soweit sie noch vorhanden ist, mit jedem Tage mehr verlieren muß. Herr Michaelis könnte als Mensch, Beamter und Politiker an öffentlicher Achtung nur gewinnen, wenn er heute oder morgen sein Amt in die Hände seines Auftraggebers zurücklegte und diesem riete, einen Nachfolger zu ernennen, der das Vertrauen des Reichstags besitzt.

* * *

Die Verhandlungen des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß des Reichstags trat am Montag, nachmittags 3 Uhr, zusammen. Der Andrang war derart, daß der geräumige Saal dicht gefüllt war. Die Staatssekretäre waren mit einem großen Schwarm von Geheimräten erschienen. Kurz vor Beginn der Sitzung erschienen der Reichskanzler Dr. Michaelis, der Kriegsminister v. Stein und Staatssekretär Dr. Helfferich. Formell stand wieder der Nachtragsetat zur Beratung, in Wirklichkeit handelte es sich um eine recht ernste und deutliche Auseinandersetzung über die ganze Art, wie die Regierung glaubt, den Reichstag behandeln zu können. Der Reichskanzler ergriff sofort das Wort: Meine Herren, es ist Klage darüber erhoben worden, daß von seiten von Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei getrieben sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken, wobei ich hinzufüge, daß für die preußischen Beamten dieselben Grundsätze gelten.

Für alle Beamten gilt die politische Meinungsfreiheit.

Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reichs oder des Staats gefährdende Ziele verfolgen. Was nach außen hin in die Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, haben sich die Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich wünsche nicht, daß von seiten der Vorgesetzten ein politischer Druck nach irgend einer Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird. Diese Grundsätze, meine Herren, gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise, sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundsätzen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundsätze zu überwachen. Auch im Heere ist

jede politische Agitation ausgeschlossen.

In den mir durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Leitsätzen über den vaterländischen Unterricht, über die wohl des näheren noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen. Meine Herren, ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen bestrebt, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in voller Objektivität gegenüberzustehen und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ehrlich das beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Zutrauen zum besten Willen ist in dem Kampf der Meinungen namentlich auch in den letzten Wochen in bedauerlicher Weise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation angenommen, die ich aufs tiefste bedaure. Jeder im deutschen Volke hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und an warmem Leben gebracht, die von ihm verlangt werden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er draußen hat, den hervorquellenden Schmerz herunterschlucken muß mit einem mutigen „Dennoch!" Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Gegner zusammen, und wenn das im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen.

Abg. Lebebour gibt seinem Erstaunen Ausdruck über die eben gehörte Rede des Kanzlers, der über Allgemeinheiten nicht hinausgekommen sei. Mit moralischen Ansprüchen an die Vertreter der Parteien erreicht man in dieser Situation nichts. Parteikämpfe sind unvermeidlich. Was sagt der Reichskanzler zu den Beweisen dafür, daß Beamte und Offiziere politische Beeinflussung ausgeübt haben? Wie stellt er sich zum Verhalten Helfferichs? Der Reichstag muß eine klare Antwort verlangen.

Graf Westarp bestreitet, daß hier eine solche Debatte entfesselt werden dürfe.

Die Abgeordneten Erzberger und v. Payer erklären, daß die jüngsten Vorgänge hier besprochen werden müssen. Es muß auch festgestellt werden, ob für die Agitation im Heer öffentliche Mittel verwendet werden.

Abg. Ebert bedauert, daß der Reichskanzler den Streitpunkten aus dem Wege gegangen sei. Er habe dem Kanzler bereits vor zwei Wochen Material unterbreitet. Redner verliest den Erlaß eines Armee-Oberkommandos über die Aufklärungsarbeit im Heere. Aus diesem Erlaß ergibt sich, daß die Agitation im Heer sich gegen einen Verständigungsfrieden richtet. Der Reichskanzler hat die Pflicht, die Richtlinien für diese Aufklärungsarbeit mitzuteilen. Am 13. August fand im Kriegsministerium eine Konferenz der Generäle statt. Dort wurde erklärt, daß man unter Umständen das Vereins- und Versammlungsrecht beseitigen müsse. General Hänle bezeichnete die Arbeitersekretäre als eine Pest. Die Einziehung politisch mißliebiger Arbeiter wurde empfohlen. Die Bilder in einer Schmähschrift gegen den Reichstag sind auch in einem Werk enthalten, das vom Auswärtigen Amt herausgegeben worden ist. Etwa 100 000 Mannschaften und Offiziere sind mit dieser „Aufklärungsarbeit" beschäftigt. Wo kommt das Geld her? Zur Verteidigung des Vaterlandes haben wir die Mittel bewilligt, nicht aber zur Verhetzung der Soldaten.

Abg. Gothein schließt sich dieser scharfen Kritik an. Die jetzt betriebene Agitation der Beamten und im Heere richtet sich auch gegen die Politik des Reichskanzlers. Wie wollt diese

Neue Infanteriekämpfe in Flandern.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Oktober 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Houthoulster Walde und Zandvoorde. Der Feind faßte seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich an der ganzen Front die Artillerietätigkeit zu Trommelfeuer. Beiderseits der Bahn Staden—Poelzinghe und nördlich der Straße Menin—Ypern brach englische Infanterie zum Angriffe vor; der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagsüber andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechtshandlungen.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Lebhafte Feuertätigkeit südwestlich des Doiran-Sees, im Wardar-Tale, am Tahropotje und im Cerna-Bogen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171009/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG